EUROPÄISCHES PARLAMENT

2004 *2009*

Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz

2008/2234(INI)

26.1.2009

STELLUNGNAHME

des Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz

für den Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres

zu Problemen und Perspektiven der Unionsbürgerschaft
(2008/2234(INI))

Verfasserin der Stellungnahme: Iliana Malinova Iotova

PA_NonLeg

VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz ersucht den federführenden Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

1. stellt fest, dass die zahlreichen Beispiele, in denen gemeinschaftliche Rechtsvorschriften nicht korrekt oder gar nicht angewandt wurden – wie sich anhand der zunehmenden Fälle, die an SOLVIT verwiesen werden, zeigt –, beweisen, dass ein System wie SOLVIT nötig ist, um den Bürgern rasche praktische Hilfe zu gewähren;

2. fordert die Mitgliedstaaten auf, SOLVIT mit dem Personal auszustatten, das erforderlich ist, um die ständig zunehmenden Fälle, mit denen der Mechanismus befasst wird, zu bearbeiten, und den Dienst weiter zu verbessern;

3. ist der Auffassung, dass Europa Direkt besser an alle Bürger herangetragen werden sollte, und empfiehlt, dass die Kommission eine EU-weite Medienkampagne dazu koordiniert; fordert die Kommission auf zu überwachen, wie weit Websites verbreitet sind, die einen Bezug zu Europa Direkt und SOLVIT aufweisen, und Schlüsselinformationen und Kontakte auf speziellen Referenzwebsites zu bündeln;

4. fordert die Kommission auf, eine Europäische Charta der Verbraucherrechte zu entwickeln, damit die Bürger problemlos auf Informationen zu den häufigsten Problemen zugreifen können;

5. begrüßt den Aktionsplan der Kommission zu einem integrierten Ansatz für Binnenmarkt-Unterstützungsdienste für Bürger und Unternehmen (SEK(2008)1882), der dazu dienen soll, eine zu große Zahl an Kontaktstellen zu verhindern, und ermuntert – entsprechend der Regelung in der Dienstleistungsrichtlinie – dazu, in jedem Mitgliedstaat einheitliche Ansprechpartner für Dienstleistungen und Güter zu schaffen;

6. empfiehlt im Einklang mit den grundsätzlichen Vertragsprinzipien Freizügigkeit, Nichtdiskriminierung und Bürgerrechte, dass die Kommission weiterhin alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel nutzt, damit die noch verbliebenen Übergangsregelungen für die neuen Mitgliedstaaten möglichst rasch beseitigt werden;

7. fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass die Bürger der neuen Mitgliedstaaten bei Reisen durch die EU-15 nicht auf andere Weise behindert oder diskriminiert werden, beispielsweise was gesetzlich vorgeschriebene Papiere oder Einreiseverfahren auf Flughäfen betrifft;

8. ermuntert die Mitgliedstaaten und die Kommission dazu, die Wahrung von Rentenansprüchen und Arbeitnehmerrechten innerhalb der Europäischen Union zu erleichtern.

ERGEBNIS DER SCHLUSSABSTIMMUNG IM AUSSCHUSS

Datum der Annahme	22.1.2009
Ergebnis der Schlussabstimmung	+: 31 –: 0 0: 0
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder	Cristian Silviu Buşoi, Charlotte Cederschiöld, Janelly Fourtou, Evelyne Gebhardt, Martí Grau i Segú, Malcolm Harbour, Iliana Malinova Iotova, Kurt Lechner, Toine Manders, Nickolay Mladenov, Catherine Neris, Zita Pleštinská, Karin Riis-Jørgensen, Zuzana Roithová, Heide Rühle, Leopold Józef Rutowicz, Christel Schaldemose, Andreas Schwab, Eva-Britt Svensson, Marianne Thyssen, Bernadette Vergnaud, Barbara Weiler
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter(innen)	Emmanouil Angelakas, Wolfgang Bulfon, Colm Burke, Giovanna Corda, Brigitte Fouré, Joel Hasse Ferreira, Olle Schmidt
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellv. (Art. 178 Abs. 2)	Jean-Pierre Audy, Michel Teychenné